

Offener Brief an Bundesrat und Parlament

Zum australischen Social Media Verbot für unter 16-Jährige

9. Dezember 2024

Sehr geehrte Politikerinnen und Politiker

Ein Social Media Verbot für unter 16-Jährige wurde in Australien Ende November beschlossen. Dies löste in den letzten Tagen in der Schweiz einen Diskurs aus.

Social Media haben problematische Aspekte, die sich auf Jugendliche genauso wie auf Erwachsene auswirken. Bemühungen unter 16-Jährige von Social Media fern zu halten, können sinnvoll sein. Social Media sind bewusst darauf ausgelegt ein Suchtpotential für Nutzende zu entfalten. Damit wird die Verweildauer gesteigert, um mittels maximaler Datenmengen detaillierte Verhaltensanalysen und psychologische Profile der Menschen anzufertigen. Diese werden für gezielte Manipulationen wirtschaftlicher und politischer Art verwendet. Wie gefährlich solche Geschäftspraktiken für Demokratien sind, ist spätestens seit dem Cambridge Analytica Skandal bekannt.

Dass eine staatlich verordnete Altersverifikation auf Social Media problematisch ist, weil sie alle Bürgerinnen und Bürger zwingt ihre sensiblen Personendaten und damit ihre Privatsphäre preiszugeben, ist offensichtlich. Eine solche Massnahme ist unverhältnismässig. Zu dieser Frage muss unbedingt zuerst eine breite Diskussion über geeignete Lösungsansätze geführt werden. Ein solcher könnte sein, mit einer schweizweiten Aufklärungskampagne und klaren Empfehlungen zum altersgerechten Umgang mit Technologie, ein gesamtgesellschaftliches Vorgehen aufzuzeigen. Der australische Weg hingegen ist ein gefährlicher Schnellschuss mit schwerwiegenden Folgen. Die Tugend der Schweizer Demokratie, sorgfältige und vernünftige Entscheide zum Wohle aller zu treffen, ist stattdessen gefragt.

Wir stehen als Gesellschaft vor einer richtungsweisenden digitalpolitischen Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen: Wenn die Politik nun nicht ihre Verantwortung wahrnimmt und eine sichere Digitalisierung gestaltet, welche die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger sowie unser demokratisches System schützt, liefern wir die Menschen und ihre Daten an globale Konzerne der Überwachungsökonomie aus. Unsere Bedenken sind wohlbegründet, hat doch der Bundesrat vor wenigen Tagen einen besorgniserregenden Technologieentscheid für die aktuell geplante E-ID gefällt. Dieser gefährdet ohne Not die Privatsphäre der Menschen.

Die Piratenpartei sieht sich aufgrund ihrer technologisch-demokratischen Expertise in der Pflicht, die Politik sowie die Bürgerinnen und Bürger über die Tragweite einer solchen Entscheidung ins Bild zu setzen. Dieses technologisch-demokratische Bewusstsein müssen wir dringend auch unseren Kindern und Jugendlichen vermitteln. Nur so sind wir als Gesellschaft gewappnet für die zukünftigen Herausforderungen des Informationszeitalters.

Hochachtungsvoll

Im Namen der Piratenpartei Schweiz

Nicole Rügger, Vizepräsidentin, Piratenpartei Schweiz
Philippe Burger, Vizepräsident, Piratenpartei Schweiz
Jonas Sulzer, Vorstandsmitglied, Piratenpartei Schweiz
Stefan Sergi, Präsident, Piratenpartei Aargau
Ivan Büchi, Projektleiter, Piratenpartei Ostschweiz
Fabio Widmer, Vorstandsmitglied, Piratenpartei Zürich
Monica Amgwerd, Generalsekretärin, Piratenpartei Zürich